

**1579/J XXII. GP**

---

**Eingelangt am 24.03.2004**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Dringliche Anfrage**

der Abgeordneten Dr. Spindelegger, Dr. Bösch  
Kolleginnen und Kollegen

gemäß § 93 Abs. 1 GOG

an den Bundesminister für Inneres

betreffend Sicherheit für Österreich und Europa

Die Bombenanschläge des 11. März 2004 in Madrid haben wie ein Schock in Europa gewirkt, zumal deutlich wurde, dass sich der internationale Terrorismus nicht auf Gegenden außerhalb Europas beschränkt.

Wie schon nach den Anschlägen des 11. September 2001 hat die Europäische Union auch in diesem Fall äußerst rasch reagiert und mögliche Maßnahmen zur Eindämmung der vom Terrorismus ausgehenden Gefahr diskutiert. Im Jahr 2001 wurde als Reaktion und zur Verbesserung der internationalen Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Rahmenbeschluss über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union verabschiedet, der nunmehr vom Parlament umgesetzt wird. Nach den Terroranschlägen von Madrid sind sogleich der Rat der Justiz- und Innenminister und der Allgemeine Rat zusammengetreten, um Entscheidungen des Europäischen Rates zur Bekämpfung des Terrorismus vorzubereiten.

Gerade in einem größeren Europa wird im Bereich der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit und hier insbesondere im Austausch von geheimdienstlichen Informationen der Schwerpunkt für eine verstärkte Terrorismusprävention liegen. Zu diesem Zweck müssen alle in der EU gegebenen Möglichkeiten der Kommunikation voll ausgenützt und gegebenenfalls erweitert werden, um zu verhindern, dass der Terrorismus neuerlich nach Europa getragen wird.

Wie wichtig die internationale Zusammenarbeit und die grenzüberschreitende Kommunikation im Bereich der Kriminalitätsentwicklung ist, hat gerade erst kürzlich die Verhaftung jener mutmaßlichen Täter gezeigt, die in Wien mit Hilfe eines Kleintransporters einen Juwelier ausgeraubt hatten.

Nach dem Rat der Justiz- und Innenminister am 19. März 2004 wird sich der Gipfel der Staats- und Regierungschefs noch diese Woche ausführlich auf der Basis der Ergebnisse des Rates der Justiz- und Innenminister mit den Fragen der Terrorismusbekämpfung befassen. Demnach soll ein Anti-Terrorkoordinator den außenpolitischen Beauftragten der EU, Javier Solana, unterstützen. Ein weiteres Ziel wird der intensive Austausch von Erkenntnissen der Geheimdienste sein.

Geschlossenheit im Kampf gegen den Terrorismus wollen die EU-Chefs vor allem durch den feierlichen Beschluss einer Solidaritätsklausel demonstrieren, die aus der EU-Verfassung vorgezogen werden soll. Sie verpflichtet die EU-Staaten politisch und moralisch, alle Mittel des Rechtsstaats, darunter auch militärische Ressourcen, gegen die terroristische Bedrohung oder nach einem Terroranschlag bereitzustellen.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Inneres nachstehende

### **Anfrage**

1. Welche Erkenntnisse haben Sie, was die Bedrohungslage Österreichs durch den internationalen Terrorismus anlangt?
2. Inwieweit können Sie sich bei der Beurteilung der Gefährdungslage auch auf Erkenntnisse befreundeter Staaten stützen?
3. Haben die terroristischen Anschläge von Madrid etwas in der Beurteilung der Gefährdungslage geändert?
4. Welche Maßnahmen wurden auf Grund der Beratungen des Sicherheitsgipfels am 21. März 2004 gesetzt?
5. Welche konkreten Vorschläge wurden beim Gipfel der Justiz- und Innenminister zur Verbesserung der Terrorprävention unterbreitet?
6. Welche dieser Vorschläge wurden von Seiten der EU mit dem Ziel ihrer Umsetzung aufgegriffen?
7. Was erwarten Sie sich von der Tätigkeit des geplanten Anti-Terrorkoordinators?
8. Wie soll die Koordination dieses Koordinators mit den nationalen Regierungen und ihren in der Terrorismusbekämpfung tätigen Einrichtungen funktionieren?

9. Gibt es bereits Strukturen, um auch die neuen EU-Mitgliedstaaten in die Terrorismusprävention einbinden zu können?
10. Mit welchem Zeitrahmen ist bei der Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen zu rechnen?

*Gemäß § 93 verlangen die unterfertigten Abgeordneten, diese Anfrage dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.*